

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 125 (1999)
Heft: 7

Artikel: Schwizer(n)örgeli : Solidarität
Autor: Guhl, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-598764>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

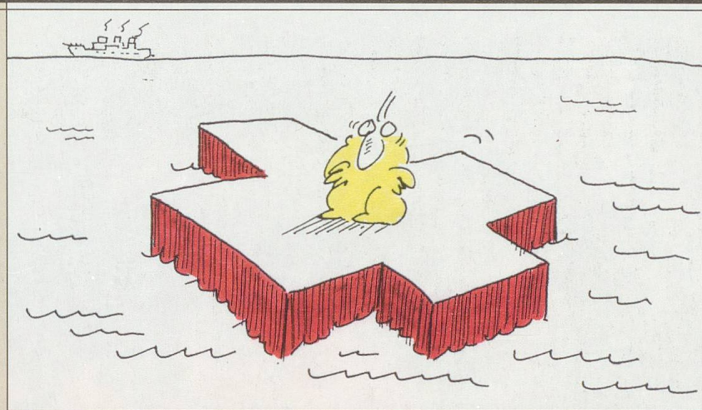
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



MARTIN GUHL

FRAU SOWIESO hatte vier Kinder gross gezogen, zu einer Zeit, da sich die «Kinderzulage» pro Kind auf weniger als 50 Franken belief. Der Familienvorstand, also der Ehegatte und Vater, brachte jeden Monat rund 2'800 Franken netto nach Hause. Im Laufe der Jahre stieg der Lohn etwas an, so dass der alleinverdienende Mann und seine Familie schliesslich 4'100 Franken netto pro Monat (x dreizehn) zur Verfügung hatten.

Natürlich war zu jener Zeit alles billiger als heute. Vor allem die Wohnungsmiete schlug noch nicht derart zu Buche wie seit einer Reihe von Jahren – dank der Spekulation mit den unsinnigen und unrealistischen Bodenpreisen sowie der permanenten Verführung zur Luxusausstattung mit allen Schikanen in Küche und Bad (weil sonst die gute Schweizer Frau angeblich nicht glücklich wäre).

Die Kinder waren gewollt, weniger geplant im zeitlichen Abstand – doch es gab keinen «Zufallstreffer». Herr und Frau Sowieso stellten keine grossen Berechnungen an, dergestalt, ob jetzt ein Kind noch (finanziell) zu verkraften sei oder nicht, und man kümmerte sich nicht um die Frage, wieviel effektiv ein Kind von der Geburt bis zur Volljährigkeit kostete.

Frau Sowieso und Herr Sowieso wollten einfach Kinder haben; die beiden hatten die feste Überzeugung, Kinder seien so etwas wie der Normalfall für ein verheiratetes Paar. Und für die beiden war klar, dass man sich, angesichts des Kindersegens, finanziell einzuschränken hatte, was wiederum eine Selbstverständlichkeit war, um so mehr, als die Kinder den Eltern, alles in allem betrachtet, Freude bereiteten.

Später konnte Herr Sowieso von der guten Wirtschaftslage lohnmassig profitieren, was auch Frau Sowieso und den vier Kindern zum Vorteil gereichte. Das war ja ganz normal. Schliesslich war man stolz, ohne staatliche Hilfe, lies Mutterschaftsversicherung, vier Kindern den Weg ins Leben geebnet zu haben. Gewiss hätte man es begrüsst, wenn zu jener Zeit, als die Kinder geboren wurden, ein finanzieller Zustupf von Staates wegen vorhanden gewesen wäre.

Trotz dieser an sich positiven Einstellung zu einer staatlichen Hilfe bei der Geburt eines Kindes hatte Frau Sowieso am 13. Juni 1999 aus sachlichen Überlegungen Nein gestimmt zur Vorlage über die Einführung einer Mutterschaftsversicherung. Für sie kam die Sache viel zu spät. Solidarität unter den Frauen und über die Generationen hinweg war an diesem 13. Juni 1999 offensichtlich nicht gefragt. Was nach der Frage ruft, ob es denn hierzulande eine Frauen-solidarität überhaupt gibt. Dass allenfalls ihre vier Kinder – alles Frauen – in den Genuss von Leistungen aus

der Mutterschaftsversicherung hätten kommen können, war für die Mutter ohne Belang. Frau Sowiesos muss es am 13. Juni 1999 zu Hauf gegeben haben.

Noch etwas ist bemerkenswert an diesem Nein. Jene Deutschschweizer Kantone, in denen die Familie emotional nach wie vor hoch im Kurs steht, votierten praktisch ausnahmslos mit einer Nein-Mehrheit. Das sind auch jene Kantone, die von einer Regelung des Schwangerschaftsabbruchs nichts wissen wollen. Es hat halt eben doch noch etwas auf sich in unserem Land mit Familiensinn und Tradition und Eigenverantwortung.

Weshalb sollen die kommenden Mütter vom Staat animiert werden, Kinder auf die Welt zu stellen, wo doch das Kindermachen eine private Angelegenheit ist? Frau Sowieso hatte ja gezeigt, dass es auch ohne eine Ausfallentschädigung gegangen ist!

Schweizerische Politik dreht sich hin und wieder in schwer durchschaubaren Windungen und Drehungen. Wir sind ja auch dann und wann ein etwas kompliziertes Volk. Wir wollen ja nichts mit der grossen Politik zu tun haben, und wir wollen als Individuum immer wieder Fehler begehen können, weil ja letztlich der Souverän – dazu gehören auch jene stimmberechtigten Menschen, die den Lebttag lang bei allem und jedem Nein gestimmt haben, und jene, denen am 13. Juni 1999 der Gang zur Urne zu umständlich war – weil ja das Volk in seiner Gesamtheit gleichwohl den richtigen Entscheid fällt, denn der Entscheid des Souveräns kann, staatspolitisch gesehen, nicht falsch sein!

Solidarität